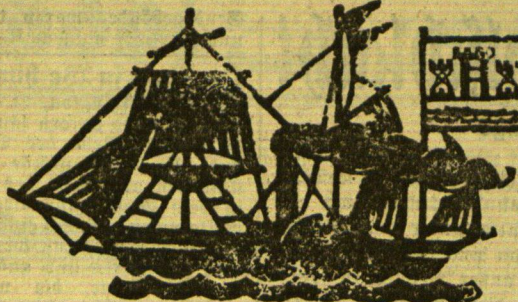


Erhebt sich täglich nachmittags... Dr. v. Bahr... 1/7 Uhr abends.



Kugeln... 1/7 Uhr abends... Dr. v. Bahr...

Memeler Dampfboot

Führende Tageszeitung des Memelgebietes und des übrigen Litauens

Nummer 179

Memel, Dienstag, den 2. August 1932

84. Jahrgang

Keine Rechtsmehrheit im neuen Reichstag

Erhebliches Anschwellen der kommunistischen Welle - Die Nationalsozialisten die weitaus stärkste Partei - Sozialdemokraten behaupten sich - Zentrum gewinnt sechs Mandate - Verluste der Deutschnationalen Volkspartei, katastrophale Niederlage der übrigen bürgerlichen Parteien

Wb. Berlin, 1. August.
Nach dem letzten Stande der Zählung (Montag mittags 1 Uhr) beträgt die Gesamtzahl der Mandate des neuen Reichstages, der gestern gewählt worden ist, 607 (im alten Reichstag 577).

Davon entfallen auf

Nationalsozialisten	290 (im alten Reichstag 110)
Sozialdemokraten	133 (186)
Kommunisten	89 (78)
Zentrum	75 (69)
Deutschnationale	37 (42)
Deutsche Volkspartei	7 (27)
Radikaler Mittelstand	1 (-)
Staatspartei	4 (16)
Bayerische Volkspartei	22 (19)
Wirtschaftspartei	1 (21)
Christlich-Soziale	4 (bisher mit Konfessionspartei 21)
Deutsche Bauernpartei	2 (-)
Landbund	2
Landvolk	1

Bei der Reichstagswahl erhielten: S. P. D. 7951245, Nationalsozialisten 13732779, Kommunisten 5278094, Zentrum 4586501, Deutschnationale 2172941, Radikaler Mittelstand 8733, Deutsche Volkspartei 494548, Wirtschaftspartei 146061, Staatspartei 371378, Bayerische Volkspartei 1190453, Deutsches Landvolk 91284, Christlich-Soziale 964749, Volksrechtspartei 40887, Deutsche Bauernpartei 137081, Landbund 96859, Deutsch-Hannoveraner 46872, Sozialistische Arbeiterpartei 72569.

Die Verschiebungen, die eingetreten sind

Wb. Berlin, 1. August.
Bei einer Wahlbeteiligung von insgesamt rund 89,5 Prozent gegenüber 82 Prozent bei der vorigen Reichstagswahl und einem Zuwachs von etwa 1900000 Stimmberechtigten war mit einer Erhöhung der Abgeordnetenanzahl um ungefähr 90 Mandate zu rechnen. Die bisher als gewählt festgestellte Zahl von 607 Abgeordneten entspricht dieser Erwartung. Der weitaus stärksten Partei, den Nationalsozialisten, fielen 290 Mandate zu. Aber auch mit den 37 Deutschnationalen, den Abgeordneten des Landbundes, den beiden Abgeordneten des Bauern- und Weingärtnerbundes, den sieben Volksparteilern, den zwei Wirtschaftsparteilern, den vier Christlich-Sozialen und den beiden Bauernbündlern verfügten sie immer erst über 285 Abgeordnete, also nicht über die absolute Mehrheit. Eine parlamentarische Mehrheitsbildung bleibt, wie in Preußen, so auch im Reich nur mit Hilfe des Zentrums möglich.

teilern, den vier Christlich-Sozialen und den beiden Bauernbündlern verfügten sie immer erst über 285 Abgeordnete, also nicht über die absolute Mehrheit. Eine parlamentarische Mehrheitsbildung bleibt, wie in Preußen, so auch im Reich nur mit Hilfe des Zentrums möglich.

Die Nationalsozialisten haben 37,8 Prozent aller gültigen Stimmen auf sich vereinigt und damit ihren bisherigen Höchststand im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl von 36,8 Prozent um etwa 300000 Stimmen verbessert. Verglichen mit der Reichstagswahl 1930 haben die Nationalsozialisten ihre Stimmen mehr als verdoppelt. Einen beträchtlichen Stimmengewinn haben auch die Kommunisten zu verzeichnen, und zwar um 300000 gegenüber dem ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl und um 600000 gegenüber der vorigen Reichstagswahl. Die Sozialdemokraten haben den Bestandsstand aus der preussischen Landtagswahl behauptet. Sehr beachtenswert erscheint der Stimmen- und Mandatgewinn des Zentrums (575000 bzw. 8 Mandate). Gut behauptet hat sich die Bayerische Volkspartei. Der langsame Abbröckelungsprozess der Deutschnationalen Volkspartei hat sich fortgesetzt. Eine katastrophale Niederlage haben

alle übrigen bürgerlichen Parteien, namentlich die Wirtschaftspartei und das Deutsche Landvolk erlitten. Die Deutsch-Hannoversche Partei ist zum ersten Mal seit ihrem Bestehen im Reichstag nicht mehr vertreten.

Die Nationalsozialisten haben in Schleswig-Holstein mit 54,9 Prozent aller gültigen Stimmen die absolute Mehrheit überschritten. Der absoluten Mehrheit nahegekommen sind sie in Ostpreußen (49,5 Prozent), Frankfurt a. d. Oder (48,2 Prozent), Pommern (48,0 Prozent) und Pommern (47,9 Prozent), während sie in den Domänen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei die geringsten Stimmanteile erzielten, z. B. in Köln-Nachen 2,2 Prozent, in Osnabrück 2,6 Prozent und in Niederbayern 2,4 Prozent. Der Stimmengewinn des Zentrums ist besonders auffallend in einzelnen überwiegend protestantischen Landesteilen, so vor allem in Dresden-Bautzen, Leipzig, Chemnitz und Hamburg und Mecklenburg. Die Sozialdemokraten haben gegenüber der letzten Reichstagswahl absolut nur in den Wahlkreisen Potsdam II, Merseburg und Köln-Nachen zugenommen. Die Kommunisten haben mit drei Ausnahmen (Breslau, Merseburg und Hamburg) allenthalben Fortschritte gemacht.

Zentrum ist ausschlaggebend

Drahtbericht unseres Berliner Vertreters Dr. Bahr

Dr. B. Berlin, 1. August.
Was bedeuten die Ziffern, mit denen dieser hoffentlich letzte Wahlkampf des Jahres abschließt? Zunächst: Die Rechte hat das heiß ersehnte Ziel, die absolute Mehrheit zu erobern, nicht erreicht. Sie ist, wie in Preußen, ihm sehr nahe gekommen, aber am Ende hat es denn doch nicht gelangt. Bei den Nationalsozialisten meint man großartig, daß die Deutschnationalen versagt hätten. Den Nationalsozialisten selbst ist es gelungen, ihre Mandatszahl im Vergleich zu den September-Wahlen 1930 mehr als zu verdoppeln. Ein sicherlich achtunggebietender Erfolg, der sich freilich im Rahmen dessen hält, was man so ziemlich allgemein erwartet hat. Über die 19 1/2 Millionen Stimmen hinaus, die Hitler bei den Reichspräsidentenwahlen auf sich vereinigen konnte, ist die Bewegung nicht vorgekommen. Da die agitatorischen Anstrengungen, die von den Nationalsozialisten gemacht wurden, kaum mehr zu über-

bieten sind, wird man in dieser Zahl wohl die Grenze des für sie überhaupt Erreichbaren sehen dürfen. Man sollte meinen, daß Hitler und sein Stab dieser Tatsache Rechnung tragen werden. Auch die Nationalsozialisten haben schließlich kein Interesse daran, in absehbarer Zeit ein Experiment zu wiederholen, das schwerlich ein anderes Ergebnis haben würde als das des 31. Juli. Die Beteiligung der größten Partei an der Regierung wäre jetzt eigentlich das Gegebene, und sie wird ja auch von weiten Kreisen des Volkes gewünscht, die nicht zu Hitlers Fahne schwören.

Die Zunahme der nationalsozialistischen Stimmen, der Rückgang der Sozialdemokratie, der Zerfall der bürgerlichen Mitte, die nur durch Listenverbindungen noch ein paar Mandate retten konnte, — das sind Erscheinungen, auf die man vorbereitet war. Das einzig Ueberraschende dieser Wahl ist das sehr erhebliche Anschwellen der kommunistischen

Welle. Vielfach hat man geglaubt, daß das Abebben der kommunistischen Bewegung, das bei den Landtagswahlen der letzten Zeit zu beobachten war, sich nun auch bei den Neuwahlen zum Reichstag bemerkbar machen werde. Diese Annahme hat gründlich getrogen. Die Anhänger der sozialistischen Konzepte bei den Sozialdemokraten, die immer schon in der Partei Agitation getrieben haben, haben sich losgelöst und sind unter dem Schlagwort des Antifaschismus zu den Kommunisten übergegangen.

Zudem hat der Marxismus als solcher keine Einbuße erlitten. Sozialdemokraten und Kommunisten weisen fast die Stärke der Anhänger von Hitler auf, und die Verschiebung der Nationalsozialisten, daß sie diese Front überrennen würden, hat sich nicht erfüllt. Sie hat dem Ansturm Stand gehalten, und ihre Streitkräfte haben lediglich in sich selbst eine Verschiebung erfahren.

Ausgezeichnet hat sich das Zentrum behauptet, und ebenso die Bayerische Volkspartei. Es scheint, daß man in Regierungskreisen insgeheim die Hoffnung gehegt hat, vielleicht die Bayerische Volkspartei vom Zentrum fort und zum Reichsblock hinüberziehen zu können. Abgesehen davon, daß auch dann noch einige Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlen würden, geht die Spekulation auf eine Trennung der Bayerischen Volkspartei vom Zentrum doch wohl in die Irre.

So liegen denn die Dinge im neuen Reichstag ähnlich wie in Preußen. Ohne das Zentrum wird die Regierung mit dem künftigen Parlament nicht zusammenarbeiten können, und der Parallelismus haben und drücken anher sich auch darin, daß Herr Eugen Berghaus Hilfe entbehren wird, wenn Nationalsozialisten und Zentrum sich verständigen. Das braucht natürlich keineswegs in Form einer Koalition zu geschehen, an die, wie wir annehmen müßten, auf beiden Seiten im Reich noch sehr viel weniger gedacht wird als in Preußen. Aber eine Politik der Duldung durch das Zentrum wäre immerhin denkbar, denn man darf nicht vergessen, daß für die Zentrumspartei sich die Entscheidungfrage dahin aufspitzt, nicht, ob sie zwischen rechts und links, sondern ob sie zwischen rechts und links und der Diktatur wählen will, die vor der Tür steht, wenn der Reichstag sich als arbeitssam herausstellt. Daß die Regierung v. Papen, von der die Konstellation keineswegs als ungünstig betrachtet wird, dem Zentrum die Abkehr von der grundsätzlichen Opposition nach Möglichkeit zu erleichtern gewillt ist, dürfte feststehen. Wir können uns jedoch vorstellen, daß der Widerstand des Zentrums sich erheblich mildern würde, wenn sich etwa die Kaiserliche Hofkammer, ein Reichsschulgesetz aus den Händen der Papen-Regierung zu empfangen.

Es kommt, so meint man, im künftigen Reichstag nicht darauf an, mit dem Reichstag in der Hand Koalitionen zu bilden, wie das bisher die Übung war. Der Reichstagsalter werde in seiner Rundfunkrede am Sonntagabend (wir bringen diese Rede an anderer Stelle unseres Blattes. Die Red.) ganz klar und eindeutig das Programm der Regierung umrissen, und man werde nun abwarten, wie sich die Parteien zu diesem Programm zu stellen gedenken.

Zunächst wird nach dem Trommelfeuer der Wahltagung nun der Burgfriede seine legendäre Wirkung auf die erregten Gemüter ausüben. In spätestens dreißig Tagen wird der neue Reichstag sich sammeln; vielleicht daß bis dahin schon eine gewisse Klärung sich angebahnt hat. Für den Fall, daß es gelingt, ein Einvernehmen mit dem Zentrum herzustellen, beabsichtigt, wie verlautet, das Kabinett, dem Reichstag ein Ermächtigungsgesetz zu unterbreiten, das der Regierung die Vollmacht erteilt, durch einfache Verordnungen und vor unter Zustimmung des Reichstages wirtschaftliche und Verwaltungsfragen zu regeln. Sobald die Regierung dieses Mandatbesitz besitzt, soll der Reichstag auf mehrere Monate wieder vertagt werden.

Blutige Terrorakte in Königsberg

Feuerüberfälle auf kommunistische Führer, linksstehende Politiker und Regierungspräsident a. D. v. Bahrfehl

Wb. Königsberg, 1. August.
Heute früh haben in Königsberg schwere Terrorakte stattgefunden, und zwar blutige Überfälle auf politische Persönlichkeiten und Bombenwürfe auf Königsberger Zeitungen. Aus den Einzelheiten geht klar hervor, daß es sich bei den verschiedenen Anschlägen um ein planmäßiges Vorgehen handelt. Im einzelnen wird berichtet:

Heute morgen gegen 6 Uhr drangen vier Personen in die Wohnung des kommunistischen Stadtverordneten Sauff ein und gaben auf den im Bett liegenden Kommunistenführer drei Pistolenschläge ab, durch die Sauff schwer verletzt wurde. Die Täter sind unerkannt entkommen. Um dieselbe Zeit waren unbekannte Personen in die Wohnung des früheren Regierungspräsidenten v. Bahrfehl eingedrungen und hatten auf v. Bahrfehl zwei Schüsse abgegeben, durch die er an der Hand und am Arm verletzt wurde. (Regierungspräsident Dr. v. Bahrfehl, der der Deutschen Volkspartei angehört, ist bekanntlich vor einigen Tagen

im Zusammenhang mit den Maßnahmen der Regierung v. Papen in Preußen seines Amtes enthoben worden. Man führt dies darauf zurück, daß er seinerzeit einen scharfen Konflikt mit den Deutschnationalen gehabt hat. Die Neb.)

Ebenfalls gegen 6 Uhr morgens erschienen zwei unbekannte Personen in der Wohnung des Lagerverwalters Zirpins und verlangten, ihn zu sprechen. Die Ehefrau rief ihn herbei, worauf die beiden Personen auf Zirpins drei Schüsse abgaben. Zirpins erhielt zwei Kopfschüsse und einen Brustschuß sowie eine Stichverletzung am linken Oberarm. Die Täter ergriffen die Flucht.

Ein Überfall auf die Wohnung des Syndikus Sabagki vom Zentralverband deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens mißlang.

Unbekannte Personen waren in die Wohnung des kommunistischen Abgeordneten Schütz gedrungen und wollten ihn sprengen. Schütz erschien jedoch nicht. Die Männer gaben mehrere Schüsse ab, durch die die Hausangestellte des Schütz getroffen und schwer verletzt wurde.

Um die gleiche Zeit wurde der Chefredakteur der sozialdemokratischen „Königsberger Volkszeitung“, Würgatsch, in seiner in einer anderen Stadt gelegenen Wohnung von zwei Personen überfallen und beschossen. Würgatsch erhielt einen Oberarmerschuß.

Gegen den Eingang des Braun-Hauses, in dem auch die sozialdemokratische „Königsberger Volkszeitung“ untergebracht ist, wurden heute früh sechs Brandbomben geworfen. Die Bomben explodierten und verursachten ein Feuer, das indessen durch die Wachhabenden im Hause sofort gelöscht werden konnte.

Gegen 7 Uhr wurde ein Haus in der demokratischen „Königsberger Hartung'sche Zeitung“ eine Brandbombe geworfen. Der entstehende Brand konnte schnell abgelöscht werden.

Wb. Linden (Holstein), 1. August. Gegen ein Haus in Linden und gegen zwei Häuser in Krempe sind in der vergangenen Nacht Brandbomben geworfen worden. In zwei Fällen handelt es sich um Häuser, die Kommunisten gehören. Personen kamen nicht zu Schaden.

